



AÖF-Stellungnahme

Als Geschäftsführerin des Vereins AÖF – Autonome Österreichische Frauenhäuser antworte ich im Namen der Mitarbeiterinnen der autonomen Frauenhäuser auf die Behauptung des Vereins „Väter ohne Rechte“, dass häusliche Gewalt in Zeiten der Corona-Krise nicht steigen würde.

Auch wenn in den Frauenhäusern derzeit noch kein „Massenandrang“ vorherrscht, ist es süffisant in der aktuellen Situation daraus Kleingeld zu schlagen.

Angesichts der vielen Morde an Frauen (41 Frauenmorde 2018) in der jüngsten Vergangenheit, meist durch Ehemann oder Beziehungspartner, solche Fragen zu stellen, zeigt deutlich, welches Unverständnis und welche Einstellung der „Verein Väter ohne Rechte“ vom Thema haben. Es wäre für uns als Gesellschaft erfreulich, wenn wir behaupten könnten, es gäbe wegen oder trotz Corona keine Zunahme an Gewalt gegen Frauen.

Frauenhäuser waren bereits vor der Krise zum Teil am Limit der Aufnahmekapazitäten, daher wurde – nicht zuletzt aufgrund der beängstigenden Berichte aus China – vermehrt Öffentlichkeitsarbeit seitens der Politik eingefordert und gemacht, mit dem Ziel Betroffene über Hilfsangebote zu informieren und mit der Aufforderung bei konkreten Übergriffen sofort die Polizei zu rufen. Die breite Öffentlichkeitsarbeit wirkt – sowohl bei den Wegweisungen als auch bei der Frauenhelpline 0800/222 555 gibt es deutliche Zuwächse und belegen einen klaren Anstieg der häuslichen Gewalt und es ist anzunehmen, dass sie noch mehr steigen wird, je länger die Krise anhalten wird. Laut Polizei gibt es einen spürbaren Anstieg der häuslichen Gewalt, auch die polizeilichen Betretungsverbote sind gestiegen: Im Februar gab es 874 Betretungsverbote, im März bereits 961. Die Anrufe bei der Frauenhelpline sind im Vergleich zu vor der Corona-Krise um 76% deutlich angestiegen. Dieser starke Anstieg hängt einerseits mit der Informationskampagne der Frauenministerin und des Innenministers zusammen, die die Nummer der Frauenhelpline seit Mitte März intensiver verbreiteten und andererseits, weil Frauen dieses Angebot bereits stark in Anspruch nehmen. Beinahe jede zweite Anruferin berichtet über Gewaltvorfälle, über langjährige Gewalt in der Beziehung, die sich gerade jetzt in der Krise zuspitzt und eskaliert. Einige Frauen sind sogar mit Morddrohungen konfrontiert, haben jedoch Angst die Polizei zu rufen. Ein Großteil der Anrufe stehen im Zusammenhang mit der Obsorgeregelung und den Besuchskontakten. Frauen berichten, dass sie von ihren gewalttätigen Ex-Partnern stark unter Druck gesetzt werden, trotz Corona und Ansteckungsgefahr. Väter wollen die Kinder unbedingt sehen, obwohl es derzeit keine begleiteten Besuchskontakte gibt und die Besuchscafés geschlossen sind. Manche Väter rasten vollkommen aus, wenn sie das Kind nicht sehen können, wie kürzlich eine verzweifelte und ängstliche Anruferin schildert: *Sie steht mit dem Auto mitten in der Nacht auf einer Autobahnraststation. Sie habe den 11-jährigen Sohn vom Ex-Mann abgeholt, der statt 14 Tage 4 Wochen beim Vater geblieben war, wegen Corona und wegen der Ansteckungsgefahr. Das Kind wollte aber endlich zur Mutter zurück, woraufhin der Kindesvater vollkommen ausrastete. Er versetzte den Sohn in Angst und Panik. Die Mutter hatte große Angst, dass er ihnen folgen könnten, weil er auch Waffen besitze. Gemeinsam mit der Beraterin wird sie auf der Fahrt telefonisch begleitet und zu Hause angekommen, verständigten sie gemeinsam die Polizei, um den Vorfall zu melden.* – Nur um ein Beispiel von vielen aufzuzeigen.

Väter drohen, die Kinder nicht mehr zurückzubringen oder über Gericht den Kindesunterhalt einzustellen oder reduzieren zu wollen, auch unabhängig davon, ob sie arbeitslos oder in Kurzarbeit geschickt geworden sind. Viele betroffenen Frauen fühlen sich von den Behörden in Stich gelassen. Die Existenzsorgen bei vielen Frauen steigen, weil sie derzeit auf die staatlichen Kindesunterhaltsvorschüsse warten, die nicht ausbezahlt werden. Viele Frauen berichten, dass Männer sie auf die Straße setzen wollen. Einige möchten sofort flüchten - zu ihren Familien, Verwandten oder Bekannten – die Corona Krise erschwert dies jedoch sehr.

Noch sind zwar nicht alle Plätze in den Frauenhäusern besetzt, das bedeutet aber nicht, dass die Gewalt nicht zugenommen hätte – es bedeutet, dass viele keine Chance haben zu flüchten, weil der Peiniger permanent da ist. Ungestört zu telefonieren und den Koffer mit den wichtigsten Dokumenten, Kleidung, Medikamenten sowie Spiel- und Schulsachen für die Kinder zu packen, ist derzeit noch eine größere Herausforderung als es ohnehin schon ist. Insbesondere für Frauen am Land, denn nicht alle haben ein Auto und können einfach mit den Kindern wegfahren.

Ein Schritt ins Frauenhaus ist immer mit einem enormen Kraftaufwand verbunden, es ist nicht nur sehr riskant und gefährlich, es erfordert viel Mut und Kraft, daher ist anzunehmen, dass viele Frauen aktuell eher in Gewaltsituationen ausharren. Die Auswirkungen der Corona-Krise mit den bekannten Risikofaktoren für häusliche Gewalt (Alkoholismus, Arbeitslosigkeit, Jobverlust,..) werden womöglich zeitversetzt noch spürbarer werden.

Die Situation in den Bundesländern bzgl. Frauenhäuser ist sehr unterschiedlich, aber sicher ist, egal ob aktuell Frauenhausplätze verfügbar sind oder nicht, die Landesregierungen stehen in einem engen Austausch mit den Frauenhäusern und sorgen für einen Ausbau an zusätzlichen Schutzplätzen, sodass jede Frau aufgenommen werden kann und keine Frau abgewiesen werden muss. Das Hilfsprogramm mit den Schutzplätzen ist gut angelaufen und alle sind vorbereitet für den Fall, dass ein größerer Ansturm kommen sollte.

Das hohe Ausmaß der Gewalt an Frauen ist allein schon durch die hohe Mordrate bemerkbar – heuer gab es bereits 6 Femizide und 13 Mordversuche, 4 davon während der Corona-Krise, wo Frauen lebensgefährlich durch ihren Partner verletzt worden sind – und das ist alarmierend genug.

Denn unabhängig von der Corona-Krise verharmlosen Vereine wie „Väter ohne Rechte“ die nach wie vor in der Gesellschaft leider sehr weit verbreitete Gewalt gegen Frauen und Kinder und betreiben Victim Blaming sowie Täter-Opfer-Umkehr, d.h. der betroffenen Frau wird selbst die Schuld an der Gewalt zugeschoben, anstatt das Hauptproblem anzuerkennen: Männer, die Gewalt gegen Frauen und Kinder ausüben.

Mag.a Maria Rösslhumer

GF Verein AÖF – Autonome Österreichische Frauenhäuser und Leiterin der Frauenhelpline
0800/222 555